

Connie Uschtrin

# Der Krieg um die Köpfe

MIGRATIONSPOLITIK IN EUROPA ■ Nach und nach perfektioniert die EU ihr System, ungewollte Migranten auszusperrn und erwünschte anzuwerben



Wir brauchen mehr Ausländer, die uns nützen, und weniger, die uns ausnützen.« Im bayerischen Wahlkampf hatte Günther Beckstein diese von ihm lange bekannte Äußerung gern wiederholt. Auch diesmal wieder gab es dafür Beifall, denn er perpetuiert damit ein verbreitetes Vorurteil, Migranten würden überwiegend die Sozialsysteme belasten, seien insofern also eher eine Zumutung, als dass sie einen nützlichen Beitrag zu dieser Gesellschaft leisteten – der ganz alltägliche Rassismus, der, bedient ihn nicht gerade Beckstein, von NPD und DVU genährt wird.

Auch in der EU-Politik hat sich der Kosten-Nutzen-Gedanke durchgesetzt, was den Umgang mit Migranten aus Nicht-EU-Ländern, so genannten Drittstaaten, angeht. Jahrelang hat Becksteins Freund Schily diesbezüglich vieles auf den Weg gebracht, was Schäuble nur noch einlösen und

weiterbetreiben muss. Offiziell wird es mit »Sicherheit« begründet, was vor allem meint: Abwehr von Flüchtlingen, die nach Europa wollen und sich von den Küsten Afrikas auf den Weg dorthin begeben.

Seit Jahren wird eine gemeinsame Migrationspolitik diskutiert, die auch eine geregelte Einwanderung beinhaltet. Doch einigen kann man sich immer nur auf Abschottung. Daher wird auf dem EU-Gipfel Mitte Oktober voraussichtlich der von EU-Ratspräsident Sarkozy vorgeschlagene »Migrationspakt« für die Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union zum Beschluss erhoben. Dieser Pakt enthält strenge Rückkehrregeln für Flüchtlinge und plädiert für die Stärkung der EU-Außengrenzen. Die Agentur Frontex soll ausgebaut werden, die neben der Koordination der Grenzschutztruppen für Forschung und Risikoanalyse an den europäischen Außengrenzen zuständig ist und vor allem im Mittelmeer von sich reden macht,

wo sie Flüchtlingsboote daran hindert, zu Europas Küsten vorzudringen.

## Ungeklärte Rechtssituation

Dabei scheint noch nicht einmal geklärt, unter welchen rechtlichen Bedingungen Frontex im Mittelmeer überhaupt arbeitet. Welches Recht gilt auf hoher See? Muss an Bord von Frontex-Schiffen, die unter deutscher Flagge fahren, die Genfer Flüchtlingskonvention beachtet werden? Dann dürften aufgegriffene Flüchtlinge nicht ohne weitere Prüfung in Herkunftsländer zurückgebracht werden.

Die Bundesregierung kann eine entsprechende Anfrage nicht präzise beantworten, obwohl in ihrem Auftrag seit vier Jahren von Frontex koordinierte Polizisten und Soldaten im Mittelmeer patrouillieren, Flüchtlingsboote aufbringen und zurückdrängen. Aber die Regierung erklärt, sie unterstütze das Vorhaben

der Europäischen Kommission, »anerkannte Standards des Völker- und Europarechts« in die Leitlinien für Operationen von Frontex einzubeziehen. Man möchte applaudieren angesichts dieses guten Willens, schließlich schafft Frontex seit Jahren Tatsachen, indem Grenzschutzbeamte Flüchtlinge unter Missachtung des Völkerrechts in angebliche Herkunftsländer abschieben. Woher die Flüchtlinge dabei wirklich stammen oder von wo sie aufgebrochen sind, spielt keine Rolle. Denn es gibt mit mehreren afrikanischen Ländern Abkommen, Flüchtlinge »zurückzunehmen«, meist mit dem Druckmittel, sonst würde die Zahlung von Entwicklungshilfe eingestellt. Länder wie Libyen, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet haben, halten Flüchtlinge unter unkontrollierbaren Bedingungen in riesigen Auffanglagern. Für Asylsuchende fühlt sich die EU nicht zuständig, stattdessen toleriert sie das Massensterben an ihren Außengrenzen.

So problemlos sich die EU-Länder beim »Schutz« vor Flüchtlingen einigen können, so mühsam ist ein gemeinsamer Weg bei der geregelten Einwanderung. Denn die berührt empfindliches Terrain, über das Nationalstaaten gern allein entscheiden. Viele Migrationsexperten und Fachpolitiker haben erkannt, wie dringend Europa Migranten aus Nicht-EU-Ländern benötigt, besonders solche, die in ihren Herkunftsländern Ausbildung oder Studium absolviert haben. Für diese ringt die EU derzeit um ein gemeinsames Vorgehen. Das gestaltet sich schwierig, denn die Bedürfnisse nach Arbeitskräften sind verschieden, Spanien benötigt Erntehelfer, Deutschland Ingenieure.

## Green Card heißt jetzt Blue Card

Nun hat man einen etwas älteren Vorschlag herausgekramt: eine Blue Card für Akademiker und Ingenieure aus Staaten außerhalb Europas soll Abhilfe schaffen. Doch die Inhaber der Blue Card sind auf ein EU-Land festgelegt und erst nach mehreren Verlängerungen und insgesamt fünf Jahren haben sie Ansprüche auf Familiennachzug, Bildungs- und Sozialleistungen. Selbst Bundesinnenminister Schäuble ist nicht allzu überzeugt von der Karte und hält die Erwartungen für »überzogen«. Vermutlich wird sie ein ähnlicher Flop, wie einst die so umkämpfte Green Card, von der kaum jemand Gebrauch machte.

Was also tun? In Deutschland fehlen nach Angaben der Wirtschaft jetzt schon zwischen 200.000 und 600.000 qualifizierte Arbeitskräfte, Tendenz steigend. Die deutsche Wirtschaft beziffert die jährlichen Verluste aus dem Fachkräftemangel auf 20 Milliarden Euro. Wollte man den Bedarf an Qualifizierten und Hochqualifizierten baldmöglichst decken, müsste man gezielt Arbeitsmigranten anwerben, eine neue Generation von »Gastarbeitern« sozusagen. Das erst Ende August verabschiedete Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz wird wohl kaum Abhilfe schaffen. Es schreibt ab 2009 ein zwar abgesenktes, aber immer noch relativ hohes Mindesteinkommen von 63.600 Euro (zuvor: 86.400 Euro) vor. Unsere niederländischen Nachbarn haben eine solche Einkommensgrenze bei nur 45.000 Euro (2004) festgesetzt.

Die Bundesregierung verfährt sich in Regelungen, die bis ins letzte Detail gewährleisten sollen, dass nur die kommen oder bleiben, die sich auch wirklich als »nützlich« für Wirtschaft und Gesellschaft erweisen können und danach wieder verschwinden. Doch wie trennt man die Spreu vom Weizen? Nach und nach wird Europa versuchen, sein Anreizsystem für die gewünschten Ausländer zu perfektionieren, und zugleich Auslesemechanismen erfinden, die den gewünschten Effekt versprechen. Ein »Krieg um die Köpfe« lässt sich unschwer voraussehen.

Im Wettbewerb um die Besten und Schlausten soll klassischen Einwanderungsländern wie den USA Konkurrenz gemacht werden. Die Rechnung wird – wie sollte es anders sein – ohne die betroffenen Staaten, häufig Entwicklungsländer, gemacht, aus denen diese hochausgebildeten Menschen kommen und die sich die Ausbildung ihrer Leute etwas haben kosten lassen. »Brain drain« nennt man es, wenn ein Land seine Elite durch Abwanderung verliert. Doch darauf können die Europäer ja nicht auch noch Rücksicht nehmen. ■

In Zeiten von Finanzkrise, Konjunkturabschwung und drohender Rezession wird der Ruf nach staatlicher Intervention lauter. In der Linken wird derweil über Chancen und Grenzen einer Wirtschaftspolitik in Anlehnung an John M. Keynes diskutiert. Bisher traten Robert Kurz (Freitag 35/08 sowie 38/08r) und Albrecht Müller (Freitag 37/08) zur Debatte an.

Er sitze gerade an einem Buch, schrieb John Maynard Keynes 1935 an den Schriftsteller George B. Shaw, das einmal die Art revolutionieren werde, in welcher über ökonomische Probleme gedacht wird. Keynes sollte Recht behalten. Zurzeit erlebt er eine Renaissance und es wird viel über seine Thesen gestritten – vor allem in der Linken. Für die einen ist der britische Ökonom an der Wirklichkeit des globalisierten Kapitalismus gescheitert; für die anderen weisen keynesianische Ideen angesichts der ungünstigen Kräfteverhältnisse zumindest den Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Zu einem größeren Verständnis von Kapitalismus führt die Debatte jedoch nicht.

Die Theorie von Keynes ist, von der marxischen Ökonomiekritik einmal abgesehen, wohl der radikalste Bruch mit den Grundlagen der Klassik. Sowohl bei Adam Smith, David Ricardo und anderen als auch in der Neoklassik spielt Geld keine entscheidende Rolle für die Produktion und die Warenzirkulation. Keynes sah die Sache fundamental

Ingo Stützel

# Sozialismus droht nicht

DEBATTE UM LINKE WIRTSCHAFTSPOLITIK ■ Vordenker? Der Streit um Keynes geht an der Sache und seiner Theorie vorbei

anders: Geld ist demnach nicht einfach eine Recheneinheit, sondern in der Geldwirtschaft, wie er den Kapitalismus nennt, ein notwendiges Moment, das Gegenwart und Zukunft miteinander verknüpft. Das ist ein Grund, warum Keynes die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus überhaupt denken konnte. Ebenso erlaubt sein Verständnis von Geld, den Monetarismus und damit ein Kernelement der Neoklassik zu kritisieren. Eine höhere Geldmenge führt nicht automatisch zu Preissteigerungen, so Keynes, eine erhöhte Kreditaufnahme des Staates nicht notwendigerweise zu höheren Zinsen.

Die zentrale Rolle des Geldes und die damit verbundene Vorstellung von einer Hierarchie der Märkte mit dem Vermögensmarkt an der Spitze, rücken Keynes näher an Marx als es seinen linken Kritikern wie Robert Kurz wahrscheinlich lieb ist. Diese Nähe macht den Briten jedoch weder zum Antikapitalisten noch zum Revolutionär.

Während der Krise Ende der zwanziger Jahre kam Keynes als Retter: Er empfahl, durch gesamtwirtschaftlich orientiertes Handeln das Versagen des kapitalistischen Systems wenigstens abzumildern. Da der Markt auch bei flexiblen Preisen und Löhnen

nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendieren werde, wie die Neoklassiker annahmen, könne ein lang anhaltender Zustand der Unterbeschäftigung entstehen. Der Staat, so forderte er, müsse eine aktive Rolle übernehmen. Ähnlich verhält es sich heute.

Keynes Theorie ist dabei zur Software der (linken) Sozialdemokratie geworden. Er bot einen Weg, der vielen gefallen musste. Die Lohnabhängigen können ihre Lebensqualität verbessern, ohne dass ihre Interessen, etwa höhere Löhne oder der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, in einen Widerspruch zum Profitstreben des Kapitals geraten. Eine derart »linke« Wirtschaftspolitik kann für sich in Anspruch nehmen, nicht nur die Interessen einer Klasse, sondern auch die des Allgemeinwohls zu verfolgen.

Im Gegensatz zu vielen neoklassischen Apologeten des Kapitalismus, wäre Keynes einer derjenigen bürgerlichen Ökonomen, für die Marx in seinem Kapital durchaus Lob übrig hätte. Bisher fehlt jedoch eine ernsthafte und systematische Auseinandersetzung mit Keynes vom Standpunkt der marxischen Ökonomiekritik. Das ist mehr als verwunderlich, schließlich setzte Keynes da an, wo Marx aufgehört hatte – bei der Analyse des

kapitalistischen Gesamtprozesses. Stattdessen werden oft nur Banalitäten konstatiert, etwa die, dass Keynes die Ausbeutung nicht thematisiere und den Kapitalismus gar nicht überwinden wolle. Oder es werden falsche Behauptungen aufgestellt, zum Beispiel jene, dass er keine Klassen kenne.

Robert Kurz sollte Keynes durchaus als Theoretiker des Kapitalismus ernst nehmen und zwischen Keynes und dem Keynesianismus unterscheiden. Eine Unterscheidung, auf die Kurz ja auch für Marx und den Marxismus beharrt. Keynes einfach als realitätsuntauglich abzuwatschen ist mehr als billig.

Das bedeutet aber noch lange nicht, dass Keynes einfach zu verteidigen wäre. Vielmehr gilt für ihn das gleiche, was Marx der ökonomischen Klassik vorhielt: Dass sie gesellschaftliche Verhältnisse naturalisiere und das Kapitalverhältnis als anthropologische Konstante setze. Gerade deshalb fällt es auch so schwer zu glauben, dass Keynesianer dem Kapitalismus überhaupt auf die Pelle rücken wollen. Meist geht es darum, die Akkumulationsdynamik wieder anzuschubsen und ein wenig die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu korrigieren. ■

Selbstkritik in theoretischer wie in historischer Hinsicht ist kaum zu vernehmen. Wie kluge Neoklassiker müssten aber auch vernünftige Keynesianer um die Grenzen ihrer theoretischen und wirtschaftspolitischen Konzepte wissen. In der Debatte werden die jedoch kaum angesprochen, wie man an Albrecht Müller sieht: Entweder wird behauptet, es habe keine Probleme gegeben, oder abgestritten, dass diese etwas mit keynesianischer Politik zu tun gehabt hätten.

Die politische Kraft, die derzeit am vehementesten für eine keynesianische Politik eintritt, ist die Linke mit ihrem milliardenschweren Investitionsprogramm. Diese Forderung hat in der Partei für eine Debatte gesorgt, die vor allem um die Frage der Durchsetzbarkeit einer linken Wirtschaftspolitik drehte – oder besser: um die Hoffnung auf eine parlamentarische Mehrheit, die dann die Umsetzung von Ideen wie dem Investitionsprogramm gestattet. Dafür wäre eine größere Akzeptanz nötig, als der Partei derzeit entgegenschlägt, was den Druck auf diese erhöht, mit Vorschläge aufzuwarten, die als umsetzbar und vernünftig angesehen werden. Deshalb glaubt zum Beispiel die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping, den bundesdeutschen Wählern alte Ängste nehmen zu müssen: Die Linke habe für ihr Investitionsprogramm konkrete Finanzierungsvorschläge, etwa die Einführung einer Börsenumsatzsteuer. »Die gibt es beispielsweise auch in Großbritannien«, beruhigt Kipping, »ohne dass dort gleich der Sozialismus ausgebrochen wäre.«

Schade eigentlich. Projekte beschließen, die den Weg Richtung Sozialismus ebnen sollen und gleichzeitig beschwichtigen, dass dieser keineswegs drohe – das ist politisch wenig überzeugend. ■